

Links.Blick.

Die linke Zeitung für Cottbus und Spree-Neiße, Jahrgang 2022/27.05., Ausgabe 10

Kein Ölembargo ohne Schutzschirm!



Bisher war der Grundsatz der Bundesregierung, dass Sanktionen der russischen Führung mehr schaden sollten als Deutschland. Das ist beim geplanten Ölembargo der EU, zu dem die Bundesregierung bereits Zustimmung signalisiert hat, offenkundig nicht der Fall, insbesondere nicht für den Osten.

Italien machen es vor. In der letzten Woche ist unser Antrag zur Einführung einer Übergewinnsteuer im Bundestag beraten worden und es wurde deutlich, dass in der Ampel weiter Uneinigkeit herrscht. SPD und Grüne finden die Steuer „sympathisch“, flüchten sich aber in Scheindebatten über die Umsetzbarkeit. Dabei zeigen doch ande-

kann nicht sein, dass der Staat noch an den steigenden Preisen verdient.

4. Rettungsfonds für ostdeutsche Unternehmen

Ähnlich wie in der Coronakrise werden Wirtschaftshilfen für notleidenden Betriebe und Unternehmen in Ostdeutschland notwendig. Es muss verhindert werden, dass das Embargo die ostdeutsche Wirtschaft um Jahre zurückwirft.

5. Entlastungspaket ausweiten!

Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei den Energiekosten reichen nicht ansatzweise aus. Das Entlastungspaket der Fraktion DIE LINKE sieht für eine vierköpfige Familie 2.200 Euro in diesem Jahr vor, um die steigenden Preise tragen zu können. Ein Rentnerhepaar bekäme nach unserem Modell 1.400 Euro. Die Bundesregierung hingegen hat Rentnerinnen und Rentner vom Energiegeld ausgeschlossen. Dies ist ein Skandal, den wir nicht akzeptieren werden.

Christian Görke, finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag

Anstatt endlich das Ver-mögen russischer Oligarchen in Größenordnungen zu beschlagnahmen, soll ein überstürztes Ölembargo kommen, das die ostdeutsche Wirtschaft und auch die Lausitz weitgehend unvorbereitet treffen würde. Wir fordern einen Schutzschirm für Ostdeutschland, um die Folgen des Ölembargos abzufedern.

1. Arbeitsplätze in Schwedt retten!

Der Standort Schwedt muss erhalten bleiben. Denkbar ist, dass der Staat als Eigentümer oder Treuhänder übernimmt. Wir brauchen eine Beschäftigungsgarantie – alle 1.200 Arbeitsplätze in Schwedt müssen gerettet werden.

2. Abzocke der Mineralölkonzerne stoppen!

Im April hat der Finanzminister Lindner Folgendes gesagt „Der Ukrainekrieg macht uns alle ärmer.“ Für die Bevölkerung stimmt das ohne Zweifel. Viele bleiben bei dieser Entwicklung auf den Kosten sitzen, die 4 Millionen Armutsrentner in der Bundesrepublik Deutschland sogar am meisten. Das ist eine politische Entscheidung, und ebenso ist es auch eine politische Entscheidung, dass einige Energiekonzerne gerade das Geschäft ihres Lebens machen. 200 Milliarden Euro zusätzlich schätzt die International Energy Agency für die gesamte EU. Eine Übergewinnsteuer in Deutschland ist längst überfällig. Die konservativen Regierungen in Griechenland und



re Staaten dass es möglich ist! Sowohl die Jusos, als auch die Grünen-Chefin Ricarda Lang, haben bereits eine Übergewinnsteuer gefordert. Doch allen ist klar: Mit Christian Lindner ist eine solche Steuer nicht zu machen. Die FDP tut das was sie immer tut, den Bodyguard der Reichen und Konzerne spielen.

3. Preise für Lebensmittel runter!

Die Preise für Lebensmittel werden weiter durch die Decke gehen, wenn die Spritpreise steigen. Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel sollte ausgesetzt werden. Allein im ersten Quartal 2022 hat der Staat 18,8 Milliarden Euro über die Mehrwertsteuer mehr eingenommen als im Vorjahreszeitraum. Es

Öffnungszeiten Geschäftsstelle

Montag geschlossen
Dienstag 10 - 16 Uhr
Mittwoch 11 bis 13.30 Uhr

Soziale Bürgerberatung

Donnerstag 10 - 16 Uhr
Freitag ab 16 Uhr

Treff zum Feierabend
einfach quatschen

jederzeit per E-Mail
info@dielinke-lausitz.de
Tel: 0355 - 22 44 0

im Netz: www.dielinke-lausitz.de

Drei Tage im Mai

Anke Schwarzenberg berichtet aus dem Landtag



Der Landtag kam Mitte Mai zu seiner planmäßigen Sitzung zusammen. Dieses Mal begann die Sitzung mit einer aktuellen Stunde, die durch DIE LINKE mit dem Thema Inflation und Preisexplosion beantragt wurde. Der Fraktionsvorsitzende Sebastian Walter machte deutlich das Menschen in Brandenburg Angst haben, ob sie in Zukunft die Miete, den Strom und die vielen Dinge die es zum Leben braucht noch zahlen können. Die aktuellen Preissteigerungen treffen, nicht nur diejenigen, die schon wenig haben, sondern es trifft die gesamte Gesellschaft. Er forderte die Landesregierung auf einen Schutzschirm bzw. einen Notfallfond zu schaffen, die Tafeln zu unterstützen, um den Menschen Halt und Sicherheit zu geben, dass ist das Gebot der Stunde. Auf diese Forderungen gab es seitens der Landesregierung keine Reaktionen.

Wie auch schon in anderen Sitzungen spielte der Krieg in der Ukraine und seine Folgen hier in Deutschland fast in jedem Tagesordnungspunkt eine Rolle. So auch, unter dem Tagesordnungspunkt „Ölembargo darf nicht zu einer weiteren Deindustrialisierung in Ostdeutschland führen – Garantieplan Schwedt“ den die Landtagsfraktion beantragt hatte.

Hier ein Auszug aus der Rede des Fraktionsvorsitzenden Sebastian Walter: „Putin hat die Ukraine überfallen. Und jeden Tag sterben Menschen in einem sinnlosen Krieg, der keine Gewinner kennt.

Wir müssen den Krieg stoppen. Und ich sage Ihnen: Jede Sanktion, die Putin wirklich trifft; Jede, die einen Beitrag dazu leistet, diesen Krieg zu stoppen, ist richtig. Deshalb richtig, weil sie ei-

nen Beitrag leistet, Putin an den Verhandlungstisch zu zwingen. [...] Was nützt es der ukrainischen Bevölkerung, wenn in Ostdeutschland die Sprit- und Heizkosten weiter ansteigen oder wenn es zu Versorgungsengpässen kommt? Was nützt es, wenn die Brandenburgerinnen und Brandenburger im Winter im Kalten sitzen, weil sie kein bezahlbares Heizöl mehr haben? Welche Auswirkungen hat das, wenn gerade wieder die Ostdeutschen den Gürtel enger schnallen sollen als der Rest der Republik? Ein gespaltenes Deutschland spielt nur einem in die Karten, dem Kriegstreiber Putin! Dagegen wehren wir uns! Ich sage Ihnen: Eine Sanktion, die uns härter trifft als Russland, wird nicht dazu führen, dass auch nur ein Panzer weniger rollt oder nur eine Patrone weniger abgefeuert wird.“

In Richtung Wirtschaftsminister Habeck sagte Sebastian Walter: „Es reicht nicht, mal kurz vorbeizuschauen, sich aufn Tisch zu stellen und L ö s u n g e n zu verkünden, die keine sind. Die Menschen in Schwedt

und in der Region brauchen auch keine warmen Worte, sie brauchen Sicherheit, sie brauchen eine Perspektive. Dafür sind wir hier verantwortlich. Das ist unser Job als Politik! Worauf warten wir also? Machen wir einen Garantieplan für Schwedt. Geben wir den Menschen Sicherheit. Das heißt: Eine Beschäftigungs- und Gehaltsgarantie für alle. Und das sichern wir mit einer staatlichen Treuhänderschaft – mit Beteiligung des Landes! Für den Transformationsprozess brauchen wir Geld um in Schwedt den Aufbau einer nachhaltigen Industrie, die Produktion von alternativen Kraftstoffen zu unterstützen und zu begleiten.[...] Die Menschen in Schwedt haben 60 Jahre lang unser Land am Laufen gehalten, 60 Jahre lang

Steuern bezahlt, 60 Jahre lang Sicherheit gegeben. Dieser Staat ist es ihnen schuldig, ihnen jetzt Sicherheit zu geben.“

Die Linksfraktion fordert einen Garantieplan für das PCK Schwedt und wird in ihrer Forderung nicht lockerlassen.

Die Linksfraktion forderte außerdem die Landesregierung auf, im Bundesrat die Änderung des Artikels 87a des Grundgesetzes abzulehnen und sich damit auch ablehnend zu einem kreditfinanzierten Sondervermögen für den Militärbereich in Höhe von 100 Milliarden Euro zusätzlich zum regulären Verteidigungshaushalt zu positionieren. Dieses Geld soll für Energiesicherheit, Energiesouveränität und ökologische Transformation eingesetzt werden. Das Geld brauchen wir um den öffent-



lichen Nahverkehr auszubauen, Förderprogramme zur warm-mietneutralen energetischen Sanierung im Gebäudereich anzulegen und Investitionen in grüne Wasserstoffherzeugung und Infrastruktur sollten damit gefördert werden.

In einer heftigen Debatte machte die Linksfraktion deutlich, die Antwort auf Klimawandel und Krieg, kann nur eine nachhaltige und für Alle bezahlbare Energiewende sein, die für Energiesicherheit, Energiesouveränität und ökologische Transformation steht. Eine weitere Aufrüstung löst kein Gegenwartsproblem, sondern führt zu einem noch nie dagewesenen Wettrüsten. Deshalb lehnen wir die zusätzlichen Militärausgaben ab.

Keine Reform ist keine Lösung Versprechen einhalten!



Unter diesem Motto demonstrierten am 18. Mai in Potsdam vor dem Landtag über tausend Kinder, Eltern, Erzieher*innen und Kolleg*innen von Trägern der Kindertagesbetreuung im Land Brandenburg.

Worum ging es? Sie forderten die Landesregierung, auf ihre Versprechen einzuhalten: für gute frühkindliche Bildung zu sorgen und die vor 2 Jahren begonnene Kita-Rechtsreform erfolgreich bis spätestens August 2024 zu Ende zu bringen.

Was heißt das überhaupt? Es geht um 200.000 Kinder in den Kitas, Horten und Tagespflegeeinrichtungen. Es geht um bessere Bedingungen, damit unsere Kinder gut betreut, spielen und lernen können. Es geht um gute Arbeitsbedingungen für unsere Erzieher*innen,

um mehr Personal und um eine rechtssichere, transparente Finanzierung der Kitas. Das alles ist im Kita Gesetz des Landes Brandenburg geregelt. In den letzten Jahren wurde aber deutlich, dass das Gesetz nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht. Unklare Versorgungs- und Rechtsansprüche, rechtsunsichere, viel zu hohe Elterngebühren haben in den vergangenen Jahren zu vielen Konflikten geführt, die Eltern

oft vor Gericht austragen mussten. Zusätzliche Rechtsverordnungen sorgten für einen überbordenden Bürokratieaufwand. Keiner sieht mehr so richtig durch, wer, was und in welcher Höhe zu zahlen hat. Damit sollte Schluss sein. Deshalb hat Bildungsministerin Ernst eine Reform des Gesetzes begonnen, mit dem Ziel ein neues Kita Gesetz auf den Weg zu bringen. Richtig so! In den letzten 2 Jahren haben viele Akteur*innen in verschiedenen Arbeitsgruppen daran gearbeitet, mit viel Kraft, mit viel Motivation. Die haben ihre Arbeit gemacht. Ministerin Ernst hat nun verkünden lassen, die Reform sei nicht mehr zu schaffen, da sich der Landkreistag (also die Landräte) aufgrund der vielen Herausfor-

derungen derzeit nicht in der Lage fühle die Reform zu begleiten. Das ist eine Katastrophe und stößt all diejenigen vor den Kopf, die sich eingebracht haben, stößt Eltern vor den Kopf, mit dem Ergebnis: Die Konflikte werden bleiben. Das wollen wir nicht zulassen. Versprechen muss man einhalten, gerade, wenn es um unsere Kinder geht!

Die Linksfraktion hat am 19.5. im Landtagsplenum beantragt, die Gespräche sofort wiederaufzunehmen, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, damit spätestens im August 2024 ein neues Gesetz in Kraft treten kann. Das ist ein Zeitplan, der zu schaffen wäre, wenn man denn will. Unterstützt wird diese Forderung von vielen Akteur*innen: der Landeskitaelternbeirat, der Landes Kinder und Jugend Ausschuss, viele Jugendhilfeausschüsse, Stadtverordnetenversammlungen (so auch Cottbus), die LIGA der freien Wohlfahrtsverbände und viele Menschen, die für eine gute frühkindliche Bildung im Land Brandenburg streiten.

Unser Antrag ist in den Bildungsausschuss überwiesen worden. Wir geben nicht auf, der Druck muss aufrechterhalten bleiben, denn keine Reform ist keine Lösung.

Kathrin Dannenberg, Bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag

Stellungnahmen zum Entwurf des Landesnahverkehrsplanes dringend erforderlich

Am 10. Mai 2022 hat das Verkehrsministerium des Landes Brandenburg den Landesnahverkehrsplan für die Jahre 2023-2027 vorgestellt.

Es bewahrheitet sich, was wir lange befürchtet hatten. Mit dem vorgelegten Entwurf wird deutlich, dass das Verkehrsministerium jegliches Gespür vermissen lässt oder gar kein Interesse hat, die ländlichen Regionen besser anzuschließen.

Die Kreisverwaltung Spree-Neiße hat schon im Vorfeld der Erarbeitung des Landesnahverkehrsplanes eine schriftliche Abfrage zu Reaktivierungswünschen zu SPNV-Strecken und Halten zur Untersuchung eingereicht. Wichtig für den Landkreis ist z.B. die Errichtung eines Bahnhofs in Hänchen-Annahof, der mit dem Neubau einer Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe notwendig wird.

Im Zusammenhang mit dem Schulneubau stehen auch die Bahnhöfe Drebkau, Neupeetershain sowie der Haltepunkt in Leuthen. Weiter geht es um den Haltepunkt in Jänschwalde-Ost, den Bahnhof in Klinge, die Reaktivierung des 2. Gleis und Haltepunkte Kolkwitz und Kunersdorf sowie den Haltepunkt Eichow auf der Strecke Cottbus-Leipzig.

Die Reaktion des Verkehrsministeriums besteht aktuell darin, dass die oben genannten Vorhaben allesamt in der sogenannten Kategorie „C“ eingeordnet wurden, mit der Bemerkung, dass kein ausreichendes Potential vorhanden ist.

Bis zum 21. Juni 2022 können sich die Landkreise und kreisfreien Städte, Kommunen, Landesbehörden, Verbände und Initiativen sowie alle Bürgerinnen und Bürger nun dazu äußern und Änderungsbedarf anzeigen.

Im Rahmen der Sitzung des Kreistags am 18.05.2022 kam auf unsere Anfrage hin die klare Aussage, dass solange der Landesnahverkehrsplan noch nicht beschlossen ist, alle Möglichkeiten genutzt werden müssen, um auf unsere Schwerpunkte hinzuweisen. Dazu gehört unter Beachtung aktueller Informationen in erster Linie nochmal eine klare schriftliche Stellungnahme von Seiten der Verwaltung.

Auch wir als Abgeordnete des Kreistags stehen in der Pflicht!

Wir erwarten von allen Fraktionen auf die jeweilige Fraktion des Landtags im Vorfeld der Beschlussfassung zuzugehen, um unsere Forderungen und Erwartungen deutlich zu ver-



mitteln. Für die künftige Entwicklung unseres Landkreises, besonders unter dem Aspekt des Strukturwandels erwarten wir die Reaktivierung der aufgeführten Strecken und Haltepunkte, um unsere ländlich geprägte Region besser anzubinden.

Nutzen wir unsere Chance!

Diethelm Pagel, Vorsitzender Linksfraktion im Kreistag Spree-Neiße

2. Red Summer Camp

- die linke Zukunftswerkstatt -

Am 18. und 19. Juni laden wir Euch herzlich zum 2. Red Summer Camp nach Cottbus ein. Es erwarten Euch bei dieser Zukunftswerkstatt spannende Infos rund um das Thema Strukturwandel, Workshops, tolle linke Persönlichkeiten und natürlich Kultur. Wir treffen uns im Strombad Cottbus. Ihr könnt auf dem Gelände im Zelt übernachten und bringt gern die Kinder mit.

Programm "Strukturwandel von und mit LINKS"

TAG 1 Samstag

Vormittag: Input zu verschiedenen Aspekten bezgl. Strukturwandel, Entwicklungsstand und Möglichkeiten von Expert:innen u.a. Matthias Loehr, DGB Projekt „Revierwende“; und Anke Schwarzenberg MdL, Mitglied im Sonderausschuss Strukturwandel, Nachmittag: Workshop – Phase

Abend: Red Summer Culture Night (Samstag) in Zusammenarbeit mit dem Chekov mit



Jan Korte, der aus seinem Buch "Die Verantwortung der Linken" liest. Danach gibt 's ne Punkband und DJ 's auf die Ohren.

TAG 2 Sonntag

11 Uhr Politbrunch mit

René Wilke,

Oberbürgermeister Frankfurt/Oder im Anschluss Präsentation der Ergebnisse der Workshops

Für Verpflegung während der Tageszeit ist gesorgt. Am Samstagabend übernimmt die Versorgung das Chekov für kleine Preise.

Bei Interesse bitte melden bei

Conny: meissner@dielinke-lausitz.de

Impressum Nr. 10/2022

Herausgeber: DIE LINKE. Lausitz Ortsvorstand Cottbus, 03046 Cottbus, Ostrower Straße 3, Telefon: (0355) 22 44 0; V.i.S.d.P. Christopher Neumann, PR u.a. Layout/Satz: wortreich.de, Cornelia Meißner; Fotos: pr DIE LINKE, DIG/Thomas Kläber, picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild /// NÄCHSTER LINKS.BLICK ERSCHEINT AM 10.06.2022, Redaktionsschluss: 08.06.2022

Kommunal-normal

In der Mai – Stadtverordnetenversammlung ging es relativ ruhig zu. Ja, die „große Politik“ schlägt hier nur vermittelt zu und manchmal nicht auf den ersten Blick sichtbar. Es geht aber auch vorrangig um das, was Menschen in ihrem Umfeld direkt und täglich bewegt. Vorlagen zu Vorkaufsrechten der Stadt bei bestimmten, für die Zukunft wichtigen, Grundstücken, die Einleitung von Bauverfahren und Informationen zu Sperrungen wegen Straßenbau in Gallinchen. Alles wichtig, wenn auch nicht sensationell.

Die Brache, in der Presse bereits informiert: Der „Möchte-Gern“ Investor hat das Kaufangebot der Stadt abgelehnt. Er will wohl noch mal richtig Kasse aus der Katastrophe machen. Mal sehen, wie es da weitergeht. Der Druck von Seiten der Fraktionen ist vorhanden. DIE LINKE wird sich auch nicht selbstzufrieden zurücklehnen. Unsere Auffassung, dass großer Handel an der Stelle nicht zielführend ist, haben jetzt auch alle anderen erkannt. Aber sich triumphierend selbst auf die Schultern klopfen, beseitigt die Brache auch nicht. Am Mittwoch gab es einen zweiten Anlauf. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragte nach ausgiebiger Diskussion (es gibt da auch immer wieder Selbstdarsteller) die Gebäudewirtschaft zu prüfen, ob ein weiteres Angebot gemacht werden kann. Natürlich gelten auch dafür klare Kriterien. Am kommenden Montag werden die Stadtverordneten in einer Sondersitzung entscheiden. Enge zeitliche Fristen machen das erforderlich.

Sozial – unser Markenzeichen

Leser:innen des Linksblick werden sich noch erinnern. Auch auf Antrag der Linksfraktion hat die Stadt die Weiterführung des Projektes „Schulgesundheitsfachkräfte“ übernommen. Die Schulkrankenschwestern waren bisher als Pilotprojekt durch das Land finanziert. Dann hieß es vor Jahresfrist: kein Geld mehr da, obwohl alle Studien auf grün standen. Land zieht sich zurück und Kommune springt ein. Originär zwar nicht zuständig – aber – es geht um unsere Kinder. Gutes Rezept für die höheren Ebenen der Staatsmacht. Jetzt steigen die Prei-

se bei Lebensmitteln und in anderen wichtigen Bereichen. Ob immer der unsägliche russische Krieg gegen die Ukraine wirklich daran Schuld ist, bleibt fraglich. Aber die Inflation schlägt vor allem bei Leuten mit geringen Einkommen ins Kontor. Und zwar mächtig. Bei Geringverdienern (und Minirentnern) geht bei 7% Inflation praktisch ein Monatseinkommen drauf. Ablesbar auch bei den Tafeln. Bundesweit. Die Tafeln, eigentlich mal gegründet, um auch der Lebensmittelverschwendung entgegen zu wirken, sind für immer mehr Menschen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung wichtig geworden – zunehmend unverzichtbar. Aber die Tafeln, auch in Cottbus, sind selbst in der Krise. Nicht nur, dass die Handelseinrichtungen immer weniger Spenden aufbringen (können), auch die Betreiberkosten, Fahrzeugeinsatz, Nebenkosten usw. steigen. Ein Antrag der Linksfraktion im Landtag zu Verbesserung der Lage wurde kürzlich abgeschmettert. Begründung der Sozialministerin Nonnemacher (Grüne): Das Land ist nicht für die Grundsicherung verantwortlich. Super! Der Bund hat ja Hartz IV gerade um 3,- € erhöht. Echter Inflationsausgleich würde anders aussehen. Aber den bekommen ja schon SUV-Fahrer durch Stützungen des Benzinpreises. Anderes Thema. Wer wird also wieder einspringen müssen? Richtig, die Kommune. Die Nutzer:innen leben ja in unserer Stadt. Auch hier geht es nicht ohne Widerstand in der Verwaltung. Der Versuch der gleichen Reaktion – zuständig sind wir nicht – braucht LINKEN Widerstand. Der ist da. Eine wirkliche Lösung ist es natürlich nicht. Es gibt auch LINKE, die sagen „Tafeln dürfte es gar nicht geben!“ Richtig. Als grundsätzliches Ziel richtig. Aktuell sollten wir uns aber um die Verhinderung von Hunger kümmern. Die Stadt wird helfen. Durch den Vorsitzenden des Sozialausschusses (Fraktion DIE LINKE) wurden Gespräche mit der Tafel vermittelt. Für dieses Jahr wird die Finanzhilfe als Betriebskostenzuschuss aufgestockt. Der OB teilte es in seiner Rede vor der Stadtverordnetenversammlung mit. Eine Lösung für die Zukunft muss noch gefunden werden.

*Eberhard Richter, Vorsitzender
Linksfraktion SVV Cottbus*